

beiten.

er fesseln, sind zum reutlicher Weise wick n gearbeitet. Auber ebstimmung an Altes nuster doch ein ein- hem Grund ist mit im Mittelpunkt des ifert. Der bewalte rei in Nichtein- und nd doch Schmut und

H 1691. Rissen mit reicher Punktsterei, Größe 50 cm im Geviert. Aufein-einzelmaßer mit Befestigung erhältlich.



H 1725. Entschachtel mit fa-diger Watere, auch für Rissen und Puffs verwendbar. Doppeltes Wollin- Nadelmaßer mit So-fortbindung erhältlich.

nuster in Handlung Calw.

burg. wandte, Freunde u. tag, den 19. Nov.

sfeier

re" in Altburg

Schreiner, Sähermeister 1900.

gemuth, Händler, Altburg.

Altburg. ndte, Freunde und stag, den 19. No-

sfeier

wen" in Ober- uladen.

tt, Schuhmacher 01,

ttfester, in Oberreichenbach.

Altburg.

e, Freunde und Be- g, den 19. Noobr.

sfeier

in Rentheim

entheim im-Heidelberg Rentheim. erer Einladung ent-

Calmer Taubblatt

Nr. 270. Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 96. Jahrgang

Freitag, den 18. November 1921.

Neueste Nachrichten.

Die Vorstenden für die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen über Oberschlesien ist vom Völkerbundsrat der frühere Präsident des schweizerischen Bundesrats, **Calender**, ernannt worden.

Die **Preisfrage** scheint sich weiterhin zu verwickeln. Der Widerstand der nordrussischen protestantischen Ulster-Lente gegen eine Vereinigung mit den Ein-Jeinern ist im Wachsen.

In **Washington** tritt an Stelle des Optimismus der ersten Tage eine starke Ernüchterung. Besondere Schwierigkeiten bereitet die **Ostasiatische Frage**. Schon jetzt tritt die Vereinigung Japans gegenüber den anderen Großmächten deutlich hervor.

Wie aus **Washington** berichtet wird, hat die britische Delegation auf der Konferenz mitgeteilt, daß die Frage der alliierten Schulden an der Vereinigten Staaten auf der Konferenz nicht erörtern werde. Man rechne jedoch damit, daß Frankreich und Italien auf eine Erörterung dieser Frage dringen würden.

Weder die Insel **Yap** haben Amerika und Japan ein endgültiges Abkommen geschlossen.

Die **amerikanische Regierung** beabsichtigt nicht, der Konferenz einen endgültigen Vorschlag zur Abrüstung zu machen. Ein etwaiger Wunsch Frankreichs, die sehr Zusage der Hilfe Amerikas gegen einen Ueberfall durch Deutschland zu erhalten, würde von Amerika wahrscheinlich „enttäuscht“ werden.

In der gestrigen Sitzung der französischen Kammer sprach der Finanzminister **Doumer** über die Finanzlage Deutschlands und erklärte, wenn der deutsche Bankrott sich ereignen werde, so werde das Ereignis nach sich ziehen, die die deutsche Reichseinheit kaum überleben könnte.

Beim Einzug des Prinzen von Wales in Bombay kam es zu ersten Unruhen im Eingeborenenviertel, die auf die Agitation englischer Elemente zurückzuführen sind. Eine Anzahl Personen wurde getötet oder verwundet.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 17. Nov. In seiner heutigen Sitzung nahm der Reichstag zunächst in allen drei Lesungen den Entwurf über die Abänderung der Bekanntmachung betreffend ausländische Wertpapiere, der eine weitere Einschränkung der Ausgabe solcher Papiere bezweckt, an und überließ den Gesetzentwurf über das Verfahren in Verborgungs- und Versteigerungsangelegenheiten für die Landwirtschaft. Sodann wurde die Beratung der Interpellationen und Anträge über die Aufhebung der Zwangswirtschaft für die Landwirtschaft und der Interpellationen über Schickungen und Preiswucher fortgesetzt. — **Abg. Hepp (D.)** erklärte, die Schuld an der Preissteigerung liege bei den hohen Anforderungen des Ultimatus, wozu der allgemeine deutsche Ausverkauf komme. Bezüglich der Kartoffeln und der Zuckerrüben treffe die Landwirtschaft kein Vorwurf. Die freie Wirtschaft sei zur Erhaltung der Produktion notwendig. — **Abg. Treschmann (Dem.)** stellte fest, daß die demokratische Partei auch heute noch ein Gegner der Zwangswirtschaft sei. Von einer Zwangsumlage der Kartoffeln erwarte sie nichts. Die Stielbelug sei aber energisch zu bekämpfen, um neue Landstriche nutzbar zu machen. — **Reichswirtschaftsminister Schmidt** erklärte, mit den Preissteigerungen der letzten Woche seien wir noch nicht am Ende. Die Regierung habe nichts verstanden. Wenn es sich um rein heimische Waren handle, müßten die Herstellungskosten lediglich mit einem geringen Aufschlag angelegt werden. Diesen Grund mußte auch die Landwirtschaft anwenden. Die Anguläufe hätten das Schwinden der Waren und die Preissteigerung stark beeinflusst, wozu der Ausverkauf an das Ausland komme. Der Redner gibt dann eine Statistik über den Rückgang der Lebensmittelpreise bekannt und betonte, daß dies auch den Rückgang der Lebenshaltung bedeute. Es werde aber noch schlimmer kommen. Ein Nachmittels gebe es nicht. Energische Bekämpfung des Wuchers und Befreiung des Wirtschaftshandels seien die einzigen Möglichkeiten zur Linderung der Not. — **Abg. Gerauer (D.)** kritisierte die mangelhafte Wagenstellung und die langsame Abwicklung des Umlaufs. Die Landwirtschaft treffe keine Schuld an den Kartoffelsteigerungen ins Ausland. Diese seien vom befehligen Gebiet aus erfolgt. — **Reichsernährungsminister Dr. Hermes** betonte, daß die Zuckerverteilung ein neues Drittel des Zuckers

fontingents freigegeben habe. Der Wagenstellung werde erhöhte Aufmerksamkeit zugewandt, ebenso die Kaufbänderfrage im Auge behalten. Die Mehlerzeugung sei mit 200 Gramm für den Kopf angelegt. Der Antrag, von dem freien Mehl einen weiteren Posten zur Verfügung zu stellen, würde die Versorgung zu kostspielig gestalten, was das Reich nicht mehr leisten könne. Mit den bisherigen 2 1/2 Millionen Tonnen Getreideumlagen sei die äußerste Grenze erreicht. — **Abg. Kemmelé (Komm.)** beklagt, daß die Mehlerzeugung ausreiche. Weder die freie Wirtschaft noch die Zwangswirtschaft könnten die Ernährungsfrage beseitigen. Nur eins könne helfen: Uebernahme der großen Güter in Staatsbetrieb und Bedarfswirtschaft und Verstaatlichung der Düngemittelindustrie, sowie Unterstützung der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe. — **Abg. Reich (Komm.)** meinte, eine Hebung der Produktion würde auch eine Preissteigerung der Verschickungen ins Ausland zur Folge haben. — **Abg. Bachmeier (D.)** protestierte gegen den Versuch, in die freie Wirtschaft wieder mit Zwangsmaßnahmen einzugreifen und **Abg. Krüger (D.)** stellte fest, daß gerade die Zwangswirtschaft Pfiasco gemacht habe. Die Geldentwertung sei die Hauptursache der Preissteigerung, unter der die Landwirtschaft ebenfalls leide. — **Abg. Franck (Soz.)** zog die Uneigenmächtigkeit der Landwirtschaft in Zweifel, die Selbsthine und Notens hamstere, was infolge der notwendigen Neudrucke auf den Markkurs drücke. Die Landwirtschaft habe mit der Preissteigerung gemeint. Sie verlange Beteiligung der Arbeitnehmer an der Geschäftsabteilung für die Regelung des Verkehrs mit Getreide. — Darauf wurde ein Mißtrauensantrag des **Abg. Barth (Komm.)** gegen den Minister Hermes gegen die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen abgelehnt und die Anträge zu den Interpellationen dem Ausschuss übergeben. — Nächste Sitzung morgen nachmittags 1 Uhr.

Die ersten Verhandlungen zwischen Reparationskommission und deutscher Regierung.

Berlin, 19. Nov. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ aus parlamentarischen Kreisen erfährt, haben heute Mittag die ersten offiziellen Verhandlungen zwischen der Reparationskommission und der deutschen Reichsregierung stattgefunden.

Kredithilfe und Entstaatlichung.

Verhandlungen des Reichszuglers mit Vertretern der Industrie. Berlin 18. Nov. Reichszugler Dr. Wirth hat gestern Abend Vertreter der Industrie empfangen, um mit ihnen die Kredithilfe und die Frage der Entstaatlichung der Reichseisenbahnen zu besprechen.

Die Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie sind gestern mit Vertretern der Spitzenverbände der Arbeitnehmer in der Zentralarbeitsgemeinschaft zur Beratung über die an die Kredithilfe geknüpften Bedingungen, insbesondere die Umformung der Reichseisenbahnen, zusammengetreten. Die Verhandlungen, die vertraulicher Natur sind, werden heute fortgesetzt.

Die mitteleuropäische Krise.

Außenpolitische Erklärungen des tschechischen Ministerpräsidenten.

Prag, 16. Nov. Ministerpräsident **Beneš** gab heute im Abgeordnetenhaus einen Ueberblick über die Ereignisse der letzten Zeit. Er sprach die Erwartung aus, daß die Königsfrage in Ungarn künftig im guten Einvernehmen mit allen Beteiligten gelöst werden könne. Der Vertrag der Tschechoslowakei mit Polen richte sich weder gegen Deutschland, noch gegen Rußland, noch gegen Ungarn. Die Politik der Tschechoslowakei gegen Rußland sei fortgesetzt eine Politik der Nichtmischung. Zur Linderung der Hungersnot in Rußland würden vom Parlament 10 Millionen Kronen verlangt werden. Das Verhältnis der Tschechoslowakei zu Deutschland sei offen und ungewis. Deutschland sei der größte Nachbar. Wirtschaftlich sei die Tschechoslowakei auf eine Mitarbeit Deutschlands angewiesen. Wie mit allen Nachbarn, wünsche die Tschechoslowakei mit Deutschland ein anständiges, vernünftiges und freundschaftliches Verhältnis. Die heutige Lage Deutschlands, die allseitig schwer sei und lange Jahre sich nicht bessern werde, zeige, daß Deutschland selbst ohne schnelle Einigung, speziell mit seinem hauptsächlichsten Nachbar Frankreich, nicht leben könne. In Sachen Oberschlesiens erklärte der Ministerpräsident: Ich verteidigte und verteidige den Standpunkt der Friedensverträge. Die bei ihm erbetenen Sachverständigen hätten von der Grenzbestimmung keine Kenntnis gehabt. Der Welt zu erzählen, daß die Tschechoslowakei dieses oder jenes dabei erzielen wolle, vielleicht territorial, sei lächerlich und äußerst illoyal. Sie sei kein Werkzeug einer fremden Politik und werde es auch nicht sein. Der

Ministerpräsident schloß mit der Erklärung, das Ziel der Regierung bestehe darin, alle politischen Angelegenheiten derart zu lösen, daß alle Parteien und alle Nationen zusammengeführt, geehrt und versöhnt würden.

Erklärungen eines deutschen Abgeordneten. Prag, 16. Nov. Nach der Rede des Ministerpräsidenten **Beneš** in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses erklärte der Vertreter der deutschen bürgerlichen Partei, **Abg. Dr. Spina**, die Mobilisierung habe gezeigt, daß auch die deutsche Jugend dem Staate gegenüber ihre Pflicht erfüllt habe. Dies sei eine Tatsache von hoher politischer Bedeutung. Es falle den Deutschen in dieser Stunde gewiß nicht leicht, die Gefühlsmäßigkeit der Kränkung und Erbitterung zu unterdrücken, unter denen die Deutschen seit dem Umsturz litten. Ihre Opposition wende sich nicht gegen den Bestand des Staates, sondern gegen die Art und Weise, wie regiert und verwaltet werde. Das deutsche Volk, das in diesem Staat, in seinem Körper, seiner Wirtschaft und seiner Arbeit eingeschlossen sei, rechne mit dem Staat als einer gegebenen realen Größe. Es müsse jedoch nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte in Anspruch nehmen und verlange jene Stellung, die es zu lebensfähiger Erhaltung bedürfe.

Ein Teil Westungarns von den Oesterreichern besetzt.

Wien, 17. Nov. Amtlich wird verlautbart: Die militärische Besetzung des Landsteils östlich des Neusiedler Sees beendet.

Die Weltkonferenz von Washington.

Schwierigkeiten in der ostasiatischen Frage.

London, 17. Nov. Der Sonderberichterstatter des „Daily Chronicle“ auf der Washingtoner Konferenz meldet, man habe plötzlich die Schwierigkeiten der Probleme des fernen Ostens erkannt und gerücheltweise verlautet, daß von Seiten der britischen und sogar der japanischen Delegation Vorstellungen erhoben worden seien. Staatssekretär **Hughes** sei bereit, auch in dieser Frage so mutig zu handeln, wie in der Abrüstungsfrage, wenn er dazu getrieben werden sollte. Die Gefahr bestehe, daß die Konferenz wegen dieser heißen Frage auf einen toten Punkt komme. **Hughes** werde abdann ohne Zögern die gesamte Frage vor die Meinung der Welt bringen; es sei jedoch sehr wahrscheinlich, daß Japan zu allererst mit einem durchdachten Plan hervortreten werde. Der Berichterstatter des „Daily Chronicle“ ist der Ansicht, daß, wenn Staatssekretär **Hughes** dafür eintreten sollte, daß China das gesamte Gebiet von Groß-China umfasse, soweit es nicht endgültig veräußert worden sei, es schwierig sein würde, die bedingungslose Zustimmung Japans dazu zu erhalten. Wie der Sonderberichterstatter des Blattes außerdem meldet, ist das japanische Marineamt wegen der britischen Forderung in der U-Bootsfrage in Verlegenheit.

Washington, 17. Nov. (Havas.) In der heutigen nichtöffentlichen Sitzung begnügte sich **Hughes** mit allgemeinen Darlegungen über die Notwendigkeit, jeden Grund zu einem Konflikt aus Fragen des fernen Ostens zu beseitigen, nachdem man es unternommen habe, eine Flottenrüstungsphase einzutreten zu lassen. Er empfahl die Wiederaufrichtung Chinas mit seiner alten Zivilisation und seiner Arbeitskraft. Dann rühmte er Japan und seine erstaunlichen Fortschritte und wies auf die Notwendigkeit hin, im fernen Osten den Grundfah der offenen Tür aufzustellen. Er erkannte jedoch an, daß Japan sich an der Schwelle Chinas befinde und sich anboten zu wollen, daß er geneigt sei, Japan eine Art Sonderstellung einzuräumen ungefähr wie die, welche in den im Abkommen Lanfang-Shih festgelegten Rechten enthalten ist. Amerika habe gegen diese Allgemeinheiten kein Programm aufgestellt. — Die chinesische Delegation übernahm es, ihre Anträge als Grundlage für die Debatte vorzulegen.

Washington, 17. Nov. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas glaubt mitteilen zu können, daß die Flottenabverständigen bei der Prüfung des **Hughes'schen** Entwaffnungsprogramms nicht allein die Verminderung der Flotten Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und Japans, sondern auch die der Flotten Frankreichs und Italiens ins Auge fassen. Ein Ausschuss von Vertretern der eingeladenen Mächte sei heute vormittag in die Prüfung der den fernen Osten betreffenden Fragen eingetreten. Es sei nicht zweifelhaft, daß, wenn die Konferenz keine gütliche Lösung des gegenwärtigen Widerstreits der Interessen im fernen Osten fände, die interessierten Mächte darauf verzichten würden, abzurufen.

Frankreich und Italien für Verstärkung ihrer Seemacht. Paris, 17. Nov. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington sind die französischen und die italienischen Sachverständigen zu der Auffassung gelangt, daß ihre Seemacht eher verstärkt als herabgesetzt werden müsse. Der italienische Standpunkt sei, Italien müsse eine Kriegsmarine haben, die derjenigen Frankreichs gleichkomme, schlußmessenfalls sich aber zu ihr verhalte wie

8:10. Italien habe 4000 Kilometer Küste zu behaupten und eine sehr dichte Bevölkerung; außerdem importiere es seine gesamten Kohlen, ein Drittel seines Getreides und fast seine gesamten Rohstoffe. Es bestrebe eine starke italienische Strömung zugunsten eines regelrechten Abkommens mit Frankreich, was die militärischen Kosten beider Nationen erleichtern würde. Vereint würden ihre beiden Flotten das Mittelmeer beherrschen und den beiden Ländern den Widerstand gegen jeden Angriff ermöglichen. Die italienische öffentliche Meinung sei auch für eine Beschränkung der Rüstungen in Osteuropa und auf dem Balkan.

Kein Vorschlag Amerikas zur Abrüstung zu Lande.
London, 18. Nov. Der Washingtoner Berichterstatter der „Associated Press“ meldet, daß die amerikanische Regierung nicht die Absicht habe, während der Konferenz irgend ein endgültiges Programm über die Verminderung der Landstreitkräfte zu unterbreiten. Soweit bekannt ist, hat keine der auswärtigen Delegationen derartige Vorschläge mitgebracht. Irland hat bereits geäußert, daß Frankreich ein Heer haben wolle, das genügend groß sei, um es gegen seine Nachbarn zu schützen. Die gesamte Frage der Heere wird voraussichtlich an den Ausbruch der gesamten Konferenz verwiesen werden. Von maßgebender Seite wird erklärt, daß das amerikanische Heer bereits so vermindert worden sei, wie es mit der Sicherheit der Vereinigten Staaten vereinbar sei. England sei in gleicher Lage und daher eine weitere Verminderung des englischen Landheeres nicht möglich. Weder Amerika noch England wünschten aber von sich aus irgend welche Verminderung der Heere anderer Mächte vorzuschlagen. — In dem Bericht heißt es weiter, man sei sehr gespannt, ob Frankreich vorschlagen werde, daß ihm von Großbritannien und Amerika endgültige Zusicherungen gegeben würden für den Fall, daß es von Deutschland angegriffen werde. Mit voller Ermächtigung wurde erklärt, daß ein solcher Wunsch Frankreichs entkündigt werden würde. Die Vereinigten Staaten widersetzten sich jedem derartigen Uebereinkommen. Die amerikanischen Delegierten hätten zu diesem Punkt angeblich die Unterstützung Großbritanniens und Kanadas zugesichert erhalten.

Brands Deutschherbe.
Washington, 17. Nov. (Durch Funkdruck.) Die „Associated Press“ veröffentlicht eine Unterredung Brands, worin dieser sagte, Frankreich sei isoliert und in einer anderen Lage als Amerika, England und Japan, wenn diese ihre Rüstungen zur See einschränken sollten. Diese Länder seien miteinander befreundet und wollten als Freunde unter sich die Rüstungen in gerechter und vernünftiger Weise einschränken. Frankreich dagegen stehe nicht in solch einem Verhältnis zu Deutschland, deshalb müsse Frankreich die notwendigen Vorkehrungen für seine Sicherheit treffen. Deutschland sei in der Lage, sehr schnell 5 oder 6 Millionen Mann, die im Heer gedient haben, zu mobilisieren. Frankreich müsse darum in der Lage sein, eine genügende Truppenmacht aufzustellen, um eine schnelle Mobilisierung Deutschlands zu verzögern oder zu verhindern. Brand sagte, er werde sich in einer Rede über diese Frage äußern, sobald Harding ihm dazu Gelegenheit gebe.

Paris, 17. Nov. Der Sonderberichterstatter von Havas meldet aus Washington, Irland werde sich am 16. November an Bord des Dampfers „Paris“ nach Frankreich einschiffen. Am Montag werde er der Konferenz den französischen Standpunkt hinsichtlich der Abrüstung zu Wasser und zu Lande unterbreiten. Er werde davor warnen, daß Frankreich auf die natürlichen Grenzen des Rheins verzichtet habe angeht des geplanten Garantievertrags der Dreimächte, der aber nicht zustande gekommen sei und daß Frankreich daher gezwungen sei, seine Armeen zum Schutz seiner nur ungenügend gesicherten Grenzen beizubehalten. Da die Beibehaltung der jetzigen Flottenstärken der befreundeten Nationen als unerlässlich anerkannt worden sei, so sei die Aufrechterhaltung der Landstreitkräfte mit Rücksicht auf das — wie Havas behauptet — feindselige Deutschland noch weit mehr begründet. Irland werde daher die Konferenz bitten, in aller Form anzuerkennen, daß die Sicherheit Frankreichs die Beibehaltung seiner Armeen in ihrer jetzigen Stärke erfordere.

Abbruch eines Abkommens zwischen Japan und Amerika über die Insel Yap.
Paris, 17. Nov. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington haben die Ver. Staaten und Japan ein endgültiges Abkommen über die Insel Yap abgeschlossen. Die offizielle Bekanntgabe werde nach Zustimmung der Signatarmächte des Versailler Vertrags erfolgen.

Ausland.

Der französische Finanzminister zur Finanzlage Deutschlands.

Paris, 18. Nov. In der gestrigen Kammerführung beantwortete Finanzminister Doumer verschiedene Interpellationen über die Finanzlage Frankreichs. Im Laufe seiner Rede sprach er auch von der Finanzlage Deutschlands. Er wies darauf hin, welche Schwierigkeiten zu überwinden seien, um den Bedürfnissen des Wiederaufbauges Gebietes Rechnung zu tragen. Der Abgeordnete de Laforest habe sehr interessante Auskünfte gegeben, die mit denen der Regierung gleichstufen und bewiesen, daß, wenn Deutschland — er sage nicht nur die augenblickliche Regierung Deutschlands — wolle, dann könne es bezahlen. Deutschland besitze Aktien, die es schwer in Goldmark und in ausländische Devisen umwandeln könne. Aber es seien deutsche Vermögen vorhanden, deren größter Teil außerhalb des Landes sei und deren Besitzer keinen großen Esprit zeigten, der deutschen Regierung zu helfen, ihre Verpflichtungen zu halten. Sie müßten sich aber von den Folgen Rechenschaft ablegen, die ein bankrottes Deutschland nach sich ziehen würde. Wenn dieser Bankrott sich ereignen werde, werde er Ereignisse nach sich ziehen, die die deutsche Reichs-einheit kaum überleben könne. (Lebhafte Beifall.) Die Aktien, insbesondere aber Frankreich, könnten nicht dulden, daß auf ihre Schultern auch nur ein Minimum der Lasten zurückfalle, die nach dem Friedensvertrag den Deutschen zufielen. (Beifall.) Der Finanzminister erklärte, er bewahre immer den Gedanken, daß Deutschland

den Verpflichtungen, die es übernommen habe, nachkommen werde und er sehe eines der Heilmittel für die finanzielle Lage Frankreichs darin, daß die von Deutschland zurückzuerstattenden Ausgaben gezahlt würden. Wenn möglich, so schloß er die Erörterung über diese Frage, müssen wie die Schuld Deutschlands internationalisiert. (Beifall.)

Die serbisch-albanische Streitfrage vor dem Völkerbundsrat.

Paris, 17. Nov. Der Völkerbundsrat, der zu einer außerordentlichen Sitzung wegen der albanischen Angelegenheit zusammengesetzt ist, wird die Beratung heute in der öffentlichen Sitzung beginnen. Die erste Sitzung war rein förmlich, da mehrere ordentliche Mitglieder des Rats abwesend waren und die Abgeordneten von Albanien und Serbien noch nicht eingetroffen sind. Dieser wird heute öffentlich den britischen Standpunkt darlegen. Es ist möglich, daß die Albaner das Wort ergreifen werden. Was die Serben anbelangt, so sind ihre Instruktionen unvollständig. Die zuständigen Kreise hatten dafür, daß die serbisch-albanische Angelegenheit schleunigst zur allgemeinen Zufriedenheit geregelt werden muß.

Sowjet-Rußland zur Regelung über die Aland-Inseln.

Stockholm, 18. Nov. Die Sowjetregierung hat dem Ministerpräsidenten und Außenminister Branting eine Note überreichen lassen, in der es heißt, die russische Regierung halte es angeht der Bedeutung, die die Aland-Inseln für die arbeitenden Massen Rußlands haben, für ihre unabwendbare Pflicht, keine Veränderung in der rechtlichen Stellung der Aland-Inseln ohne ihre Mitwirkung zu dulden. Die russische Regierung betrachte die Aland-Konvention vom 29. Oktober als nicht vorhanden und sehe die Teilnahme der schwedischen Regierung an der Aland-Konferenz in Genf als eine Kränkung und als feindselige Handlung an.

Rußland und das französisch-türkische Abkommen.

Paris, 13. Nov. Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel wird aus Ankara berichtet, daß der diplomatische Vertreter der Sowjetregierung in Ankara auf Anweisung seiner Regierung von dem nationalen Kommissar für auswärtige Angelegenheiten neue Erklärungen über den türkisch-persianischen Vertrag und das französisch-türkische Abkommen verlangt habe.

Ein Handelsvertrag zwischen Deutschland und Südlawien.

Graz, 15. Nov. Die „Tagespost“ meldet aus Belgrad: Das Komitee für wirtschaftliche und finanzielle Fragen beriet heute über die Vorlage betreffend den Abschluß eines Handelsvertrags zwischen Südlawien und Deutschland. Der materielle Teil des Vertrags wurde angenommen, während der politische Teil dem Ministerium des Innern zur Einsicht überwiesen wurde.

Polnische Abschlagszahlung auf die Danziger Eisenbahnen.

Danzig, 15. Nov. Die polnische Regierung hat dem Senat gemäß dem getroffenen Uebereinkommen den Betrag von 30 Millionen Mark als Abschlagszahlung auf die zu überweisenden Eisenbahnen überwiesen.

Der Vorsitzende für deutsch-polnische Wirtschaftsverhandlungen.

Genf, 17. Nov. Die Meldung des „Matin“, daß der Völkerbundsrat den ehemaligen Präsidenten des schweizerischen Bundesrats, Calonder zum Vorsitzenden für die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen betreffend Oberschlesien bestimmt habe, bestätigt sich. Die Verhandlungen werden in Genf in einigen Tagen beginnen.

Sucht vor Rückkehr der Türken.

Athen, 15. Nov. (Griech. Pressebüro.) Auf den Hilferuf des armenischen Erzbischofs von Smyrna anläßlich der Räumung von Cilizien durch die Franzosen an den griechischen Ministerpräsidenten antwortete dieser, daß die griechische Regierung unverzüglich drei Schiffe nach Mersina besohlen habe. Da gegenwärtig nicht mehr zur Verfügung ständen, sollten die armenischen Flüchtlinge auf Zypern gelandet werden.

Athen, 15. Nov. Nach Athener Zeitungen läuft die Frist, innerhalb der die französischen Truppen Cilizien geräumt haben müssen, am 20. ds. Ms. ab. Der gesamte christlichen Bevölkerung der Provinz hat sich tiefe Trostlosigkeit bemächtigt. Sie gebeten, Irland zu erlösen, den Abmarsch der französischen Truppen auf ein späteres Datum zu verschieben, um wenigstens die Auswanderung der Frauen, Kinder und Greise sicher zu stellen. Die gleiche Unruhe herrscht bei der christlichen Bevölkerung an den Küsten des Schwarzen Meeres.

Athen, 17. Nov. (Agence d'Athènes.) Nach Berichten von Griechen und Armeniern aus Mersina, die mit ihren Angehörigen auf einem italienischen Paketboot im Pgräus eingetroffen sind, dauert die Massenflucht der nicht-muslimischen cilizischen Bevölkerung an der Küste weiter an. Die Flüchtlinge warten auf ihren Abtransport.

Die Voraussetzungen für einen englischen Privatkredit an Deutschland.

London, 15. Nov. Die Vertreter von Londoner Finanzhäusern erklärten, daß sie Deutschland kein Guthaben bewilligen würden, ausgenommen auf der Grundlage einer dauernden und befriedigenden Regelung des Problems der deutschen Verpflichtungen, da der Beschluß der Mark der Finanzwelt einen zu großen Stoß verfehle, als daß sie sich veranlaßt sehen könnte, Deutschland ohne jede solide Grundlage Geld vorzuschließen.

Die engl. Arbeiterchaft gegen die wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Vertrags.

London, 14. Nov. In einer Rede in Liverpool erklärte Henderson, die englische Arbeiterchaft sei der Ansicht, Deutschland müsse bestimmt direkt Reparationen leisten. Die Verminderung

der Produktionskraft Deutschlands durch die Teilung Oberschlesiens mache dies jedoch unmöglich. Die englischen Arbeiter verurteilten die wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags und seien der Ansicht, daß die Aufrechterhaltung dieser Bestimmungen die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens in Deutschland unmöglich machen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 18. November 1921.

Dienstnachrichten.
Durch Entlassung des Herrn Staatspräsidenten wurde Herr Obersekretär Ernst Hirtz in Calw zum Bezirksnotar in Ebermannstadt ernannt.

Vom Calwer Schlachthaus.

In der Zeit vom 1. bis 15. November 1921 wurden im hiesigen Schlachthaus geschlachtet: 11 Ochsen, 5 Rinder, 1 Ferkel, 10 Kühe, 50 Kälber, 6 Schweine, 18 Schafe und 3 Ziegen.

Kanalbauerkwürde.

Die vom Süddeutschen Kanalverein aufgestellten Projekte für eine schiffbare Verbindung des Neckars mit der Donau und der Donau mit dem Bodensee sind in allen Einzelheiten fertiggestellt und der wirtl. Regierung übergeben worden. Ein Prüfungsausschuß aus Vertretern des Reichs, der beteiligten Länder und des Süddeutschen Kanalvereins wird sich zum mehr mit dem Studium der Pläne zu befassen haben. Zur Unterstützung der Wirtschaftlichkeit der Alßüberquerung ist eine neue wasserwirtschaftliche Lösung gefunden worden, die dem Projekt eines Rhein-Neckar-Donau-Kanals die Finanzierung wesentlich erleichtert wird.

Mäßiges Wetter am Samstag und Sonntag.

Der Hochdruck im Osten hält sich. Die im Westen ausfallenden Störungen machen nur langsame Fortschritte. Am Samstag und Sonntag ist vielfach trübes, aber noch vorwiegend trockenes und kaltes Wetter zu erwarten.

Vom Steuerverteilungsausschuß.

Der Steuerverteilungsausschuß hat kürzlich die Zuschüsse aus dem Ausgleichsstock an die Gemeinden endgültig für das Jahr 1920 verteilt. Die Einnahmen des Ausgleichsstocks betragen aus 12 Millionen M aus allgemeinen Steuermitteln des Landes, rund 3,765 Mill. M aus Erhöhung des Gemeindeanteils und 53 000 M aus Umschlagsteuern der Monopolverwaltungen des Reichs, zusammen 15,82 Mill. M. Es haben 515 Gemeinden und Teilgemeinden, die den Umlagesatz von 25 Proz. mit zusammen rund 32 Mill. Mark überschritten, Zuschüsse beantragt. Da aber nur 15,82 Mill. M zur Verfügung standen, konnte der Ausschuß zu den 25 Prozent überschreitenden Umlagebeträgen durchschnittlich schwach 50 Prozent als Zuschuß gewähren. Bei einer Reihe von Gemeinden in besonders ungünstiger Lage erwies sich ein höherer Zuschuß bis zu 75 Prozent des Höchstbetrags notwendig zur finanziellen Erhaltung. Deshalb mußte bei einer Reihe von Gemeinden in günstiger Lage unter den Durchschnittssatz von 50 Prozent gegangen werden. Daher kam es auch, daß Anträge von 56 Gemeinden unberücksichtigt gelassen werden mußten. Sie überschreiten die Umlage von 25 Prozent nur um geringe Beträge, sind aber nicht in ungünstiger Lage als viele Gemeinden mit einer Umlage von weniger als 25 Proz. Einige Gemeinden mit einer Umlage bis zu 40 Proz. wurden abgewiesen, weil sie bei anderer Finanzgebarung die Umlage von 25 Proz. nicht zu überschreiten brauchten. Zusammen wurden 15,65 Mill. Mark Zuschüsse in drei Gruppen mit progressiver Abstufung verteilt und ein Rest von 170 000 M zurückgestellt. Auf die ländlichen Gemeinden entfällt etwas über 60 Prozent betr. Höchstbeträge. Für das Jahr 1921 wird ein wesentlicher geringerer Prozentsatz der Höchstbeträge gewährt werden. Für die nächste Verteilung des Ausgleichsstocks werden die Grundzüge nachgeprüft. Die Anträge sind bis 10. Dez. den Oberämtern und bis 31. Dez. dem Verteilungsausschuß vorzulegen.

Wohnungsbau- und Besoldungsfragen im Finanzausschuß.

(S.C.B.) Stuttgart, 16. Nov. Der Finanzausschuß beschäftigte sich heute mit der Ziffer 3 des Antrags Scheef'scher Pflüger betr. Preisobergrenze für die Lieferung von Holz für Wohnungsbauten. Nach den Erklärungen des Vertreters der Forstdirektion wird abgesehen von der Erhöhung der Forstlage, durch die neue Verfügung vom 8. Nov. 1921 nichts wesentliches geändert. An der eingehenden Besprechung beteiligten sich der Minister des Innern, der Leiter der Ministerialabteilung für das Wohnungswesen und die Vertreter sämtlicher Parteien. Dabei kam der Wunsch zum Ausdruck, die betreffende Bestimmung der Ministerialverordnung möglichst klar zu formulieren und insbesondere dahinzusetzen, daß die Preise für eine längere Zeitperiode tunlichst gleich bleiben. Der Abg. Ströbel (W.B.) beantragte, in dem Antrag Scheef'scher und Genossen die Bestimmung aufzunehmen, daß das Holz für Wohnungsbauten zu einem während des Wirtschaftsjahres möglichst gleichen Preise an die Bauherren abgegeben wird. Weiter wurde gewünscht, daß noch nähere Angaben und Berechnungen den Mitgliedern des Finanzausschusses mitgeteilt werden. Auf Anregung des Ministers des Innern wurde beschlossen, die Erledigung des Antrags zu vertagen. Inzwischen soll die Regierung die neue Formulierung der Sache vorbereiten und entsprechende Berechnungen anfertigen. Alsdann würde der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Wohnungsbauabgabegesetzes beraten. Der Berichterstatter Scheef erläuterte kurz die Änderungen und beantragte Genehmigung des ganzen Entwurfs. Die Bürgerpartei und der Bauernbund machten ihren ablehnenden Standpunkt auch für diesen Entwurf geltend. Ein gleichwohl vom Abg. Ströbel eingebrachter Wänderungsantrag wurde abgelehnt und das Gesetz gegen die Stimmen des Bauernbunds, der Bürgerpartei und

der Unabhängigen geordnet bearbeitet. Die englischen Arbeiter verurteilten die wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags und seien der Ansicht, daß die Aufrechterhaltung dieser Bestimmungen die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens in Deutschland unmöglich machen.

Agold, 17. Nov. In der Zeit vom 1. bis 15. November 1921 wurden im hiesigen Schlachthaus geschlachtet: 11 Ochsen, 5 Rinder, 1 Ferkel, 10 Kühe, 50 Kälber, 6 Schweine, 18 Schafe und 3 Ziegen.

Die vom Süddeutschen Kanalverein aufgestellten Projekte für eine schiffbare Verbindung des Neckars mit der Donau und der Donau mit dem Bodensee sind in allen Einzelheiten fertiggestellt und der wirtl. Regierung übergeben worden. Ein Prüfungsausschuß aus Vertretern des Reichs, der beteiligten Länder und des Süddeutschen Kanalvereins wird sich zum mehr mit dem Studium der Pläne zu befassen haben. Zur Unterstützung der Wirtschaftlichkeit der Alßüberquerung ist eine neue wasserwirtschaftliche Lösung gefunden worden, die dem Projekt eines Rhein-Neckar-Donau-Kanals die Finanzierung wesentlich erleichtert wird.

Der Hochdruck im Osten hält sich. Die im Westen ausfallenden Störungen machen nur langsame Fortschritte. Am Samstag und Sonntag ist vielfach trübes, aber noch vorwiegend trockenes und kaltes Wetter zu erwarten.

Der Steuerverteilungsausschuß hat kürzlich die Zuschüsse aus dem Ausgleichsstock an die Gemeinden endgültig für das Jahr 1920 verteilt. Die Einnahmen des Ausgleichsstocks betragen aus 12 Millionen M aus allgemeinen Steuermitteln des Landes, rund 3,765 Mill. M aus Erhöhung des Gemeindeanteils und 53 000 M aus Umschlagsteuern der Monopolverwaltungen des Reichs, zusammen 15,82 Mill. M. Es haben 515 Gemeinden und Teilgemeinden, die den Umlagesatz von 25 Proz. mit zusammen rund 32 Mill. Mark überschritten, Zuschüsse beantragt. Da aber nur 15,82 Mill. M zur Verfügung standen, konnte der Ausschuß zu den 25 Prozent überschreitenden Umlagebeträgen durchschnittlich schwach 50 Prozent als Zuschuß gewähren. Bei einer Reihe von Gemeinden in besonders ungünstiger Lage erwies sich ein höherer Zuschuß bis zu 75 Prozent des Höchstbetrags notwendig zur finanziellen Erhaltung. Deshalb mußte bei einer Reihe von Gemeinden in günstiger Lage unter den Durchschnittssatz von 50 Prozent gegangen werden. Daher kam es auch, daß Anträge von 56 Gemeinden unberücksichtigt gelassen werden mußten. Sie überschreiten die Umlage von 25 Prozent nur um geringe Beträge, sind aber nicht in ungünstiger Lage als viele Gemeinden mit einer Umlage von weniger als 25 Proz. Einige Gemeinden mit einer Umlage bis zu 40 Proz. wurden abgewiesen, weil sie bei anderer Finanzgebarung die Umlage von 25 Proz. nicht zu überschreiten brauchten. Zusammen wurden 15,65 Mill. Mark Zuschüsse in drei Gruppen mit progressiver Abstufung verteilt und ein Rest von 170 000 M zurückgestellt. Auf die ländlichen Gemeinden entfällt etwas über 60 Prozent betr. Höchstbeträge. Für das Jahr 1921 wird ein wesentlicher geringerer Prozentsatz der Höchstbeträge gewährt werden. Für die nächste Verteilung des Ausgleichsstocks werden die Grundzüge nachgeprüft. Die Anträge sind bis 10. Dez. den Oberämtern und bis 31. Dez. dem Verteilungsausschuß vorzulegen.

Wohnungsbau- und Besoldungsfragen im Finanzausschuß.

(S.C.B.) Stuttgart, 16. Nov. Der Finanzausschuß beschäftigte sich heute mit der Ziffer 3 des Antrags Scheef'scher Pflüger betr. Preisobergrenze für die Lieferung von Holz für Wohnungsbauten. Nach den Erklärungen des Vertreters der Forstdirektion wird abgesehen von der Erhöhung der Forstlage, durch die neue Verfügung vom 8. Nov. 1921 nichts wesentliches geändert. An der eingehenden Besprechung beteiligten sich der Minister des Innern, der Leiter der Ministerialabteilung für das Wohnungswesen und die Vertreter sämtlicher Parteien. Dabei kam der Wunsch zum Ausdruck, die betreffende Bestimmung der Ministerialverordnung möglichst klar zu formulieren und insbesondere dahinzusetzen, daß die Preise für eine längere Zeitperiode tunlichst gleich bleiben. Der Abg. Ströbel (W.B.) beantragte, in dem Antrag Scheef'scher und Genossen die Bestimmung aufzunehmen, daß das Holz für Wohnungsbauten zu einem während des Wirtschaftsjahres möglichst gleichen Preise an die Bauherren abgegeben wird. Weiter wurde gewünscht, daß noch nähere Angaben und Berechnungen den Mitgliedern des Finanzausschusses mitgeteilt werden. Auf Anregung des Ministers des Innern wurde beschlossen, die Erledigung des Antrags zu vertagen. Inzwischen soll die Regierung die neue Formulierung der Sache vorbereiten und entsprechende Berechnungen anfertigen. Alsdann würde der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Wohnungsbauabgabegesetzes beraten. Der Berichterstatter Scheef erläuterte kurz die Änderungen und beantragte Genehmigung des ganzen Entwurfs. Die Bürgerpartei und der Bauernbund machten ihren ablehnenden Standpunkt auch für diesen Entwurf geltend. Ein gleichwohl vom Abg. Ströbel eingebrachter Wänderungsantrag wurde abgelehnt und das Gesetz gegen die Stimmen des Bauernbunds, der Bürgerpartei und

Die Teilung Ober-
Die englischen Arbeiter
nungen des Verfallens
dass die Aufrechterhaltung
stellung des wirtschaftlichen
machen.

Land.
8. November 1921.

Präsidenten wurde der
Bezirksnotar in Tübingen
aufgestellt.
Rekars mit der Donau
in allen Einzelheiten
übergeben worden. Ein
Rechts, der beteiligten
vereins wird sich nun
befassen haben. Zur
Überquerung ist eine
en worden, die dem
als die Finanzierung

Freitag und Sonntag.
le im Westen aufnahmefähige
Fortfortschritte. Am
aber noch vorwiegend
en.

auskunft.
Kürzlich die Zuschüsse
den endgültig für das
des Ausgleichsrechts
nen Steuermitteln des
a des Gemeindefonds
Monopolverwaltungen
haben 15 Gemeinden
von 25 Proz. mit zu
n, Zuschüsse beantragt,
ng standen, konnte der
enden Umlagebeträgen
Zuschuß gewähren. Bei
ungünstiger Lage
erzent des Höchstbetrags
Deshalb mußte bei
erer Lage unter den
werden. Daher kam
unberücksichtigt gelassen
mlage von 25 Prozent
in ungünstiger Lage
n weniger als 25 Proz.
zu 40 Proz. wurden
gebarung die Umlage
ten. Zusammen wur-
ruppen mit prozentwei-
70 000 M zurückgestellt.
etwas über 60 Proz.
1921 wird ein wesent-
liche gewährt werden.
eichsflods werden die
bis 10. Dez. den Ober-
auskunft vorzulegen,
ungstragen

Wasserwerksverband Liebersberg.
Die alten Gröber-Maschinen
der Pumpstation des Verbandes
werden zum Verkauf gebracht.

Liebhaber haben schriftliche Angebote verschlossen, mit
der Aufschrift „Pumpen“, versehen, in Pauscholumme aus-
gegeben bis 25. November 1921, nachmittags 6 Uhr beim
Schultheißenamt Liebersberg einzureichen.
Die Beschichtigung der Maschinen kann zu jeder Tages-
zeit in der Pumpstation erfolgen.
Liebersberg, den 15. November 1921.
Verbands-Vorsitzender Braun.

Oberreichenbach.
Habe eine zum erstenmal
flüchtig 32 Wochen trüchtige
Kalb
und einen 1/2 Jahr alten
Stier
zu verkaufen
M. Rittmann.

Ein zum zweiten mal trücht.
erstklassiges
Mutterschwein
zu verkaufen
Ernst Häberle,
Simmohheim, Hof.

der Unabhängigen angenommen. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter beantragte daß die nach der Denkschrift über die Fortführung der Steuerreform in 1344 Gemeinden vorgezeichnete Gebüdenanzahlsgrenzen auch auf die restlichen 563 Gemeinden ausgedehnt werde. Ein Regierungsvertreter wandte u. a. ein, daß bei der Ueberlastung der Steuerbehörden die Durchführung dieses Antrags zurzeit unmöglich sei und dazu führen würde, auch in den übrigen Gemeinden eine Revision vorzunehmen. Mit Rücksicht darauf wurde der Antrag abgelehnt. Nach Erledigung einiger Eingaben machte der Staatspräsident Mitteilung über die Auswirkung der Besoldungsänderungen auf die Bezüge der Geistlichen. Notwendig sei die Ausbezahlung eines Vorrückes auf den 1. Dezember, der für einen ständigen evangelischen Geistlichen in der untersten Stufe den Betrag von 3000 M ausmacht. Ein Antrag Scheef, die Regierung zu dieser Ausbezahlung zu ermächtigen, wurde mit 2 Enthaltungen und 2 Nein angenommen. — Nächste Sitzung Dienstag nachmittags 4 Uhr. Mitteilungen des Staatspräsidenten über die Auswirkung der Besoldungsänderungen auf die Theaterangehörigen; Beschlussefassung über den Antrag betr. die Bauholzpreise für Wohnungsbauten; Eingaben und Rechnungsprüfungen.

Magold, 17. Nov. Gemeinderat. Die Bewohner der Siedlungsanlagen an der Calwerstraße wünschen Ausdehnung der Straßenbeleuchtung auch auf diese Gegend der Stadt. Genehmigt wird die Anbringung je einer Lampe beim Speidelschen Anwesen und beim Schlachthaus; der Kostenpunkt beträgt 1000 Mark. — In nächster Zeit anfallende Tiefbauarbeiten der Stadt, u. a. die Anlage einer Wasserbohle vom Versorgungsstranzenhaus Walder entlang der Staatsstraße und die Erweiterung der Wasserwerkanlage auf dem Galgenberg sollen in Wäde zur Vergebung kommen. — Für Ausstellung von Radfahrkarten wird künftig bei der erstmaligen Ausstellung eine Gebühr von 6 M, für jede Erzielerkarte eine Gebühr von 4 M erhoben. — Dem Landesfinanzamt Stuttgart wird mitgeteilt, daß gegen die Zumutung einer Grunderwerbsteuer anlässlich des Ankaufs des früheren „Nöble“ durch die Stadt beim Reichsfinanzgerichtshof in München unter Befugigung eines oberamtsärztlichen Zeugnisses Rechtsbeschwerde eingelegt wird. — Wie man hört, beabsichtigt die Oberklasse des Seminars unter Führung von H. Professor Bauer zur Veranschaulichung des staatsbürgerlichen Unterrichts einer öffentlichen Gemeinderatsversammlung beizuwohnen. Gegen ein diesbezügliches Gesuch kann prinzipiell nichts eingewendet werden. — Der Kreisregierung soll ein Entwurf vorgelegt werden, wonach künftig als Einkommensgeld zur Erlangung des Bürgerrechts 400 M zu entrichten sind.

(S.C.B.) Stuttgart, 17. Nov. Das Städt. Nachrichtenamt teilt mit: Auf bisher noch unaufgeklärte Weise entstand am Gasbehälter 1 der Gasfabrik Gaisburg ein Brand, der durch die herbeigerufenen Feuerwachen der Berufsfeuerwehr in verhältnismäßig kurzer Zeit gelöscht wurde. Eine Explosionsgefahr hat über die Dauer des Brandes nicht bestanden, da der betreffende Gasbehälter regelrecht im Betrieb, also nur mit reinem Gas gefüllt war, das ohne Luftbeimischung nicht zur Explosion kommen kann. Während des Brandes wurde infolge der Hitzeentwicklung eine Anzahl Nietnähte der Gasbehälterglocken undicht. Das dort ausströmende Gas entzündete sich ebenfalls. In den Elenkonstruktionen entstanden einige Verbiegungen. Die Glockenführungen des Gasbehälters scheinen intakt geblieben zu sein. Irgend eine Beeinträchtigung oder Unterbrechung der Gasversorgung infolge des Brandfalls wird nicht eintreten.

(S.C.B.) Stuttgart, 17. Nov. Die Ermittlungen der Polizeidirektion zur Feststellung, wie der Brand an dem Gasbehälter in der Gasfabrik entstanden ist, haben ergeben: Der Gasbehälter ist eine aus 2 Millimeter starkem Eisenblech angefertigte, aus mehreren ineinander verschiebbaaren Teilen bestehende Glocke, deren untere Ränder unter Wasser tauchen, um stets luftdichten Verschluss herzustellen. Um das Rosten der im Wasser eingetauchten Eisenteile möglichst zu verhindern, ist auf das Wasser an der Außenfette des Behälters eine Schicht von sog. Schalteröl gelegt. Höchstwahrscheinlich ist durch irgend einen

Umstand, der auf chemische oder physikalische Ursachen zurückzuführen ist, dieses Öl, dessen Flammpunkt erst bei hohen Siedegraden erreicht ist, zur Entzündung gelangt. Hierdurch wurde die weithin sichtbare Feuerfäule, die den Anschein erweckte, als ob der ganze Gasbehälter brenne, verursacht. Da während des ganzen Tages niemand an dem Gasbehälter beschäftigt war, hat sich die Vermutung, daß das Feuer durch Unvorsichtigkeit entstanden ist, nicht bestätigt. Infolge der Erhitzung des Gasbehälters sind an vielen Stellen Undichtigkeiten entstanden, an denen ausströmendes Gas sich entzündete.

(S.C.B.) Oberndorf, 16. Nov. Beim Fensterputzen in der Waffenfabrik stürzte die 40 Jahre alte Ehefrau des Fabrikarbeiters Ernst Wolf von einer Bodentreppe so unglücklich ab, daß sie bewußtlos ins Spital gebracht werden mußte, wo sie nach einer Stunde starb. Sie hinterläßt ein Kind.

(S.C.B.) Ulm, 16. Nov. (Mord.) Gestern vormittag 11 Uhr schlich sich ein junger Mann in die Wohnung der 82 Jahre alten Kunstfeuerwerkerswitwe Mader, Keplerstraße 24 part. um zu stehlen. Als die alte Frau den Dieb überraschte, warf er sie auf den Boden und versetzte ihr mit dem bereitgehaltenen Messer einen Stich in die Schläfe, der den Tod zur Folge hatte. Der Dieb machte keine Beute. Eine Frau des oberen Stocwerks kam dazu, worauf der Täter die Flucht ergriff. Er wurde gleich verfolgt und konnte durch die Polizei in der unteren Karlsstraße festgenommen werden. Man vermutet, daß der Mörder Genossen hat. Er ist aus Ling gebürtig.

(S.C.B.) Ulm, 16. Nov. An der Nordlat, der die 82 Jahre alte Kunstfeuerwerkerswitwe Mader zum Opfer fiel, waren außer dem 22jährigen, aus Ling gebürtigen Mörder nach umlaufenden Gerüchten weitere Personen beteiligt. Ein an der Tat Beteiligter soll von Ulm sein und mit einer Frauensperson in Verbindung gestanden haben, durch deren Vermittlung er und von ihm sodann der Mörder Schüssel zur Wohnung des Opfers erhalten hätten. Der Polizei soll es gelungen sein, den Mittäter in Geislingen festzunehmen.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.
Der Kurs der Reichsmark.
Der Dollar steht nach einer Meldung der Frankfurter Zeitung von heute früh auf 258.75 M.

Die Erhöhung der Fahrpreise.
Das Reisen wird im nächsten Jahr um nicht weniger als 100 Proz. teurer d. h. unerschwinglich sein. Zunächst tritt nämlich am 1. Dezember eine Tarifierhöhung um 30 Proz. ein. Vom 1. Februar 1922 ab kommt dann eine weitere Erhöhung um 50 Proz. Eine Fahrt, die heute 100 M Fahrgehalt kostet, wird also vom 1. Februar 1922 ab auf 200 M zu stehen kommen. Für die Reise Berlin-München wird man 3. Klasse 280 M, hin und zurück also 560 M aufwenden müssen. Da die Einkommen auch bei den höchstbesoldeten Beamten und Festangestellten solche enormen Ausgaben für Bahnfahrten nicht zulassen, so hat die bevorstehende Tarifierhöhung zur Folge, daß die nicht an Schiebergewinnen Beteiligten von der Benützung der Bahn beinahe ausgeschlossen sind. In demselben Ausmaß wird natürlich die beabsichtigte Erhöhung der Gütertarife eine ungeheure Verteuerung der Warenpreise auf Kosten der Verbraucher herbeiführen.

Aus der amerikanischen Baumwollindustrie.
Wie dem Manchester Guardian zu entnehmen ist, arbeiten in den Vereinigten Staaten 3 1/2 Millionen Spindeln gar nicht und 1 1/2 Mill. Spindeln mit verkürzter Arbeitszeit. Der Rest arbeitet bei der Mehrzahl der Spinnereien 8, 6 Stunden am Tag oder 51.6 Stunden in der Woche, während eine kleine Anzahl Spinnereien volle 60 Stunden in der Woche arbeitet.

Märkte.
Pferde und Vieh.
(S.C.B.) Stuttgart, 17. Nov. Dem Donnerstagmarkt am hiesigen Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 223 Ochsen, 23 Bullen, 150 Jungbullen, 157 Jungriinder, 316 Kühe, 557 Kälber und 800 Schweine. Erlöst wurden aus 1 Ztr. Lebendgewicht: (Ochsen 1) 760—850, 2) 570—700, Bullen 1) 750—800, 2) 600 bis 700, Jungriinder 1) 800—890, 2) 680—730, 3) 560—650, Kühe 1) 580—630, 2) 400—520, 3) 300—400, Kälber 1) 950 bis

1040, 2) 860—940, 3) 770—840, Schweine 1) 1600—1680, 2) 1420—1520, 3) 1200—1350 M. Verkauf des Marktes: Schweine lebhaft, sonst mäßig.

(S.C.B.) Ulm, 17. Nov. Der gestrige Pferdemarkt wies eine gute Zufuhr auf. Die Preise bewegten sich zwischen 12- und 30 000 M. Es wurde lebhaft gehandelt.

(S.C.B.) Ulm, 17. Nov. Dem Pferdemarkt waren über 500 Pferde zugeführt. Handel lebhaft. Preise für junge Arbeitspferde 23—33 000 M; ganz schwere bis 35 000 M, junge mittelschwere Arbeitspferde 23—28 000 M, ältere Pferde 7000—12 000 Mark, Schlachtpferde 1000—4000 M.

(S.C.B.) Murrhart, 16. Nov. Dem Schaafmarkt am Montag wurden 270 Stück zugeführt. 150 Stück wurden verkauft. Lämmer kosteten 550—700 M, Brackschafe 600—700 M, Fährlinge 800—900 M, Lämmer 1200—1300 M je das Paar. Eine Herde Hammel (ca. 200 Stück) wurde in der Nähe des Schaafmarktes zum Preis von 1300 M pro Paar verkauft.

(S.C.B.) Murrhart, 17. Nov. (Schaafmarkt) Zuf. 1026 verl. 612, Preis: Hammel 1050—1450 M, Lämmer 500—1000 M, Brackschafe 700—850 M, Mutterchafe 800—1100 M pro Paar. Der Handel war bei steigenden Preisen lebhaft.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Werten- u. Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftl. Verkehrslosten in Zuschlag kommen. D. Schriftl.

Kirchliche Nachrichten.
Evangelischer Gottesdienst.

Totenfeier, 20. Nov. 1921. Vom Turm: 534. 9 1/2 Uhr Hauptgottesdienst: Kirchenchor: „Dem dunklen Schoß der heiligen Erde“ Romberg und „Auf meinen lieben Gott“. Predigt: 549 Brich herein. Delan Zeller. 11 Uhr Abendmahl für Leidende und Gebrechliche im Vereinshaus. 1 Uhr Christenlehre: Söhne jüngere Abteilung. 5 Uhr Abendpredigt: Stadtpfarrverweser Josenhans. **Donnerstag, 24. Nov. 1921.** 8 Uhr Bibelstunde Stadtpfarrverweser Josenhans.

Katholischer Gottesdienst.
Sonntag den 20. November 8 Uhr Frühmesse, 1/10 Uhr Predigt und Amt, 2 Uhr Andacht. Beichtgelegenheit Samstag von 1/4 Uhr nachmittags an und Sonntag früh von 7 Uhr an.

Gottesdienste der Methodistengemeinde.
Sonntag 20. Nov. vorm. 1/10 Uhr Predigt Pfarrer, 11 Uhr Sonntagsschule, abends 5 Uhr Predigt Bögele. **Mittwoch, 8 Uhr Bibel-Gebetsstunde.**

Stammheim: Vorm. 10 Uhr Predigt Bögele, Nachm. 1/2 Uhr Predigt Bögele. **Mittwoch, 8 Uhr Bibelstunde Pfarrer.**

Büchertisch.
Jahrbuch 1922 des württembergischen Landesvereins vom Roten Kreuz. Preis 3 M, für Mitglieder 2.50 M. Selbstverlag des Roten Kreuzes, Stuttgart, Markfall.

Der Württembergische Landesverein vom Roten Kreuz gibt zum ersten Mal auf das Jahr 1922 ein hübsch ausgestattetes Jahrbuch in Almanachform heraus. Ein Kalendarium, reizende Erzählungen von Andersen, Hebel, Gedichte von Finckh, Hölderlin, Mörike, Goethe, Gedanken und Sprüche der besten Männer aller Zeiten, sowie sonst allerlei Wissenswertes und Nützliches umrahmen die Kapitel von der Arbeit und dem Wesen des Roten Kreuzes.

„Oberdeutschland“, eine Monatschrift für jeden Deutschen. Bezugspreis vierteljährlich 15 M, Einzelheft 6 M. Verlag „Oberdeutschland“ (Strocker u. Schröder) G. m. b. H., Stuttgart. Aus dem Inhalt des kürzlich erschienenen Novemberheftes erwähnen wir: Kapr. Ministerpräsident Graf Lerchenfeld, Aufgeklärter Partikularismus; Hofrat Prof. Dr. C. Schwiebland-Wien, Sozialismus; Hofmeister D. Feucht, Schutzgebiete heimischer Natur in Württemberg; Geh. Archivrat Dr. R. Krauß, Bisher und Maerlin. Das Bild einer schwäbischen Freundschaft, nach ungedruckten Briefen Bishers mit einem Bild Maerlins; Dr. R. Jaesi-Zollikon bei Zürich; 4 Schweizer Meister; Prof. Hans Raitzel, Ludwig Thoma (mit einer Zeichnung Gulbranffons).

Für die Schriftleitung verantwortlich J. V. W. Rudolph, Calw. Druck und Verlag der A. Delschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Wasserwerksverband Liebersberg.
Die alten Gröber-Maschinen
der Pumpstation des Verbandes
werden zum Verkauf gebracht.

Liebhaber haben schriftliche Angebote verschlossen, mit der Aufschrift „Pumpen“, versehen, in Pauscholumme aus- gegeben bis 25. November 1921, nachmittags 6 Uhr beim Schultheißenamt Liebersberg einzureichen.
Die Beschichtigung der Maschinen kann zu jeder Tages- zeit in der Pumpstation erfolgen.
Liebersberg, den 15. November 1921.
Verbands-Vorsitzender Braun.

Oberreichenbach.
Habe eine zum erstenmal
flüchtig 32 Wochen trüchtige
Kalb
und einen 1/2 Jahr alten
Stier
zu verkaufen
M. Rittmann.

Ein zum zweiten mal trücht.
erstklassiges
Mutterschwein
zu verkaufen
Ernst Häberle,
Simmohheim, Hof.

Pferdverkauf
am Samstag, den 19. November 1921, vormittags
9 Uhr, für Bezirke I und II.
Stadtpflege Calw.

**Schwarz-
waldverein
Calw.**
Sonntag, 20. Nov. 1921,
Wanderung
Bahnsfahrt 11³⁰ Uhr nach
Unterreichenbach. Kapfen-
hardtortel — Höhenweg —
Veinberg („Nöble“) Mar-
tdauer 3 1/2 Stunden.
Führer: Paul Dipp.

Verlaufen
von Liebenzell-Weinberg
Dachel
schwarz, and. Augen
schwarz, Duppen.
Abzug. gegen Belohnung
bei Georg Kling,
Weinberg.

Hirtau.
Kommenden Montag, den
21. ds. Mts., nachmittags
1 Uhr findet im früheren
Lörcher'schen Hause ein
Fahrnisverkauf
statt, nämlich:
etwas Betten, Schrein-
werk, Küchengehirr,
Maurer- und Stein-
hauer-Werkzeug, sowie
allerlei Hausrat.
Im Auftrag:
Gemeinderat Beerl.

**Württ. Forstamt
Langenbrand.**
**Nadelstamm-
holz-Verkauf**
Am Montag, 28. Nov.
1921, vorm. 9 1/2 Uhr in
Waldbrennach im „Nöble“
aus Staatswald Distr. Gröf-
feldberg, Abt. V. Eichberg,
V. Fuchsberg, Distr. Sack-
berg, Abt. Leibelhagen, Distr.
Hundstall, Abt. Ob. Hirsch-
garten, Distr. Hengstberg,
Abt. Ob. Schwenke, Hint.
Nittenbrunnen, Hint. Grof-
tann, Hint. Hengsthalde,
Bahnmiese, Hardebene; Distr.
Heberäck, Abt. Heberäck:
Fl. u. Fa.: 6215 Stck. mit
Fm: Langh.: 368 I., 552 II.,
709 III., 570 IV., 554 V.,
63 VI. Kl.; Sägh.: 111 I.,
94 II., 31 III. St.; Fo.: 169
Stck. mit Fm: Langh.: 27
II., 26 III., 25 IV., 23 V. St.;
Sägh.: 3 I., 4 II., 2 III. Kl.
Losverzeichnisse durch die
Forstdirektion G.F.S. Stutt-
gart.

**Kirchen-
Gesangverein.**
Chor- u. Orchester-
probe erst am nächsten
Freitag, 25. November
abends 8 Uhr im Vereins-
haus.
L.
Letzen Sonntag ging auf
dem Wege von Calw-
hengsthal ein schwarzer
Krimmerkragen
verloren.
Bitte gegen Belohnung
abzugeben in der Geschäfts-
stelle dieses Blattes.

Zwei gute, weiße
**Milch-
Ziegen**
sind zu verkaufen.
Kurhaus Bleiche,
Hirtau.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland!

Geflügel- u. Kaninchenzüchter-Berein — Bad Liebenzell.
 Am Samstag, den 19. November
 und
 Sonntag, den 20. November 1921
 findet
 im Gasthof zum „Abler“
 eine
Geflügel- und Kaninchen-Ausstellung
 mit
 Prämierung und Preis-Schießen
 statt, wozu alle Freunde und Gönner einladet
 die Vorstandschaft: Claus.
 Von Sonntag abends 7 Uhr ab
Familienabend
 mit Kaninchenschmaus.

Ia. Streich-
Musik. **Unterhaugstett.** Ia. Streich-
Musik.
Gasthof zum „Hirsch“
 Am Sonntag, den 20. ds. Mts.
Großes Konzert
 mit nachfolgendem **Tanz.**
 Hierzu ladet freundlichst ein
 der Besitzer.

Sportklub F. R. Zavelstein
 Am Sonntag, den 20. ds. Mts.
 findet
 im Gasthaus zur „Krone“
Tanz-Unterhaltung
 bei gutbesetzter Streichmusik
 statt, wozu Freunde und Gönner unserer
 Sache einladet
 der Ausschuss.
 Beginn 2 Uhr.

Zur **Stockholzgewinnung**
 empfiehlt
**Explosivstoffe, Explosivkapseln,
 Zündschnüre**
 Gerhard Paulus, Bad Liebenzell Fern-
 sprecher 15

Felle
 von Kanin, Feldhasen, Reh,
 Gansen, Fuchs, Marder,
 sowie alle anderen Felle
 kauft zu den höchsten Preisen an.
 Erich Maischhofer, Pforzheim
 Mod. Vervorstoperer, Lindenstr. 52, Fernspr. 1501

**Birnbaum- und
 Nußbaum-Stämme!**
 kauft zu den höchsten Preisen. Interessent-
 jenten wollen sich an mich wenden.
 A. Schröck, Schreinermeister,
 Neuhausen, Amt Pforzheim.

Lichtspieltheater Badischer Hof
 Morgen Samstag abend von 4 1/2 bis 6 Uhr
Jugend-Vorstellung
 I. „Mastwald“, Eine Schifffahrt.
 II. „Schneewittchen“, Schattenspiel.
 III. „Turnen und Fechten“.
 2. Vorführung von 8—10 Uhr:
Mit Büchse und Lasso
 6. Episode
„Glühende Rache“.
 Sonntag mittag 3 Uhr und abends 8 Uhr
Der Fluch der Menschheit
 II. Teil
„Milliardenrausch“
 mit Beiprogramm.

In süddeutscher Industriestadt oder lebhaftem Land-
 städtchen eine
gutgehende Drogerie
 mit Haus
 mögl. reines, sauberes Medizinalgeschäft
 ohne Kolonial- und Farbwaren, mittlerer Größe
 zu kaufen gesucht.
 Ich bitte aber nur um Angebote in wirklich soliden
 Objekten mit Angabe des Umfanges (weint Großhandel oder
 Fabriklieferung dabei, solchen getrennt.) Mitteilung des
 Preises unter N. 3. 100 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Gewaschen mit
Dixin
 Henkel's Seifenpulver
 Hersteller:
 Henkel & Co
 Düsseldorf.

Fahrpläne
 für den Bezirk Calw
 erhältlich das Stück zu 80 Pfg.
 in der Geschäftsstelle ds. Blattes.

Kauf
 eventl. auch Hauses oder Villa
 mit freier Wohn- und
 Laden- oder geeignet zum Ladenbau
 für vornehmliche Medizinal-Drogerie
 in guter Verkehrs-lage eines Kur- oder
 Badeortes sofort gesucht. Gest. Preis-
 offerenten unter ausführlicher Angabe der
 Verhältnisse erbeten an:
 Apotheker E. Voigt,
 z. St. Berlin-Halensee,
 Fr. edrichsruherstraße 20 II.

Bestellen Sie das „Calwer Tagblatt“

Althengstett.
 Einladung
 zur
**Feier der Einweihung
 des Kriegerdenkmals**
 am Sonntag, den 20. Novbr. 1921
 1 1/2 Uhr Sammlung bei der Kirche,
 2 Uhr Einweihungsfeierlichkeit a. d. Friedhof,
 3 1/2 Uhr Geistliche Musik in der Kirche.
 Mitwirkende:
 Fräulein M. von Distinghausen, Stuttgart, (Sopran);
 Herr Professor L. Feuerlein, Stuttgart, (Bariton);
 Herr Fr. Aichele, Calw, Organist.

Kaffee
 in bekannter guter
 Mischung.
 roh und jede
 Woche frisch
 gebrannt
 empfiehlt
C. Serva
 Fernsprecher-Nr. 120.

Schöne Geschenke sind
Haar-Uhrketten
 zu niedrigen Preisen
 erhältlich bei
 J. Obermatt, Friseur,
 beim Bahnhof.

**Waldfhasen-,
 Kaninchen-,
 sowie alle andern
 Felle**
 kauft fortwährend zu den
 höchsten Tagespreisen.
 Fr. Holz,
 Oberreichenbach.

Guterhaltenen
Kinderwagen
 verkauft.
 Wer sagt die Geschäfts-
 stelle dieses Blattes.
 Gebrauchter, guterhaltener
**Kinder-
 Korbwagen**
 zu verkaufen.
 Wer sagt die Geschäfts-
 stelle dieses Blattes.

Hier!
 in den Spalten
 der kleinen An-
 zeigen findet
 die praktische
 Hausfrau gute
 Gelegenheit
 überflüssig.
 Hausgerät
 zu ver-
 kaufen!

Zwei guterhaltene gußeis.
Rachel-Defen
 sind preiswert abzugeben bei
 Alb. Seyfried, Maurer-
 meister, Calmbach a. E.

Beinberg.
 Am Sonntag, den 20. Nov. 1921,
 nachmittags 2 1/2 Uhr findet die
Weihe
 des Gedenksteins
 für die im Kriege
 Gefallenen
 in Beinberg statt, wozu jedermann
 freundlichst eingeladen ist.
 Gemeinderat.

Ostelsheim, den 18. November 1921.
Dankagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
 nahme während der schweren Krankheit und
 dem Hinsterben meiner lieben, unvergesslichen
 Frau, unserer lieben, treueorgigen Mutter,
 Schwestern, Schwester, Schwägerin und
 Tante
Emma Gehring
 geb. Gehring,
 sehen wir uns veranlaßt, unseren herzlichsten
 Dank auszusprechen. Insbesondere danken
 wir Herrn Parrer Zeller für seine vielen
 Krankenbesuche u. für seine tröstlichen Worte
 am Grabe, dem verehrl. Kirchenvorstand für den
 erhabenden Gesang, für die vielen Kranz-
 spenden, sowie für die zahlreiche Begleitung
 aus Nah und Fern zur letzten Ruhestätte der
 lieben Entschlafenen.
 Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
 der Gatte: **Friedr. Gehring,**
 alt Schultheißen-Sohn,
 mit seinen 3 Kindern.

Zu verkaufen:
1 Bettrost,
 sowie
**Patent-
 Matratzen.**
 Friedr. Hennefarth,
 Tapeziergeschäft,
 Schulgasse 5 b, Rathaus.

Zu verkaufen hat
 einen schönen
Neberzieher
 Karl Stoll, Hoggasse.

Einfach möbliertes
Zimmer
 mit 2 Betten, nicht heizbar,
 sofort zu vermieten.
 Wo sagt die Geschäftsstelle
 dieses Blattes.

**20 Zentner
 Weißkraut**
 ungekoren, auch kleinere
 Popen, kauft
 Frau
 Katharine Linkenheil,
 Vorstadt 287.

Nr. 271
 Der römische
 Volksmund
 in Form eines
 ein Behälter
 Nach einer Mit-
 der, beginn
 verhandl
 Die anlässlich d
 ausgebrochene
 Auf der Waf
 Gefandte
 händigkeit ge
 Amerika g
 Eine in London
 die amerik
 punkt, daß
 Zahlungen
 Änderungen g
 Einer Meldung
 fremz nur u
 rähung zu
 Frage der
 werde.
 Berlin, 18.
 migte der Reich
 einverträ
 Preis Kemp
 abkam in die
 men zur Unte
 gern ein. Der
 Bitteneente au
 sehen. Der Mi
 bzw. 1200 Mar
 logten Unterh
 kühnen Auspr
 die die Rollage
 Unabhängigen u
 gehende Antr
 Brauns, daß
 Übung der Be
 Arbeitgeber und
 fell-Rentner wo
 kommen, ebenfo
 Ausschuß-Anträ
 Verordnung off
 die Frage der
 Krankenpflege
 auch die Maßn
 im Frieden scho
 Abstimung die
 hier in der
 Höhe der Rent
 hängigen Anträ
 partei für jedes
 für das 5. und
 men, ebenso der
 dem in der sofo
 Brauns eine
 hatte, wurde die
 und endgültig
 mittag um 12
 fallen.
 Repar
 Besprechungen
 Berlin, 19.
 Besprechungen zw
 verbands der
 wurde beschlosse
 in dem zum Au
 dyprie seine Be
 hatte.